

Zunächst erläuterte Herr Lübken die derzeitige Situation der Bedarfsplanung. In der Bundesrepublik gibt es mit Stand 2009 ca. 2,34 Mio. pflegebedürftige Personen insgesamt. Hiervon werden 69 % (ca. 1,62 Mio.) zu Hause versorgt und 31 % (ca. 0,72 Mio.) werden in Heimen versorgt. Die Tendenz für die stationäre Pflege in Heimen ist seit 1999 ansteigend.

Laut der Prognose des Rhein-Sieg-Kreises wird die Zahl der Pflegebedürftigen von 2011 mit ca. 16.800 Personen auf ca. 25.000 Personen im Jahr 2030 ansteigen. Für Sankt Augustin sieht die Prognose eine Steigerung von 1.563 Personen im Jahr 2011 auf ca. 2.300 Personen im Jahr 2030 vor; das ist ein Anstieg von ca. 47 %. Im ambulanten Bereich ist mit einem Zuwachs von ca. 60 – 80 % und im stationären Bereich ist mit einem Zuwachs bis zu 100 % zu rechnen. Für den Versorgungsbezirk III (Sankt Augustin) bedeutet dies in Zahlen: 1.287 vorhandene Plätze stehen 1.350 im Jahr 2030 benötigten Plätzen gegenüber, wobei bezogen auf Sankt Augustin ca. 401 Plätze fehlen, die durch Überhänge aus den Nachbarkommunen teilweise aufgefangen werden. Bis zum Jahr 2018 muss der Bestand an Doppelzimmern in bestehenden Einrichtungen abgebaut und der Anteil an Einzelzimmern bei mindestens 80 % liegen. Dies ist für die bestehenden Einrichtungen in Sankt Augustin eine große Herausforderung. Zumal die Kreispflegebedarfsberechnung einen erheblichen Bedarf an Plätzen in der Tagespflege und Kurzzeitpflege vorsieht.

Dann wies der Ausschussvorsitzende darauf hin, dass es heute bei der Vorstellung der drei Investoren in erster Linie um den Bereich der Pflege, des betreuten Wohnens, Einrichtung der Wohnungen, den Therapieeinrichtungen und des angebotenen Services gehe und nicht um die Bebauung einschl. Verkehrsanbindung etc.

Zunächst stellte sich die Lindhorst Gruppe, vertreten durch Herrn Prothe und Frau Thon, vor.

Herr Prothe teilte u. a. mit, dass die Lindhorst Gruppe die von ihr gebauten Seniorenheime in der Regel auch selbst betreiben würden. Das Vorhaben für Sankt Augustin sieht ein Alten- und Pflegeheim verbunden mit einer Tagespflege und Pflegewohnungen vor. Hier werden 80 Einzelzimmer für eine vollstationäre Pflege eingerichtet. Des Weiteren ist eine Tagespflege von bis zu 15 Plätze vorgesehen sowie Pflegewohnungen im Dachgeschoss für die sogenannte Jugendpflege. Im 2. Gebäude ist die Nutzung für Seniorenwohnungen vorgesehen. Hier werden seniorengerechte barrierefreie Wohnungen angeboten.

Bezüglich der vorgesehenen Verpflegung führte Herr Prothe aus, dass hier eine Großküche geplant sei, die ein vielfältiges Angebot bezüglich der Essensausgabe vorsieht. Weiterhin führte Herr Prothe aus, dass von den 80 vorgesehenen Einzelzimmern 24 rollstuhlgerecht ausgestattet werden. Auch besteht die Möglichkeit betreffend der Pflege junge Pflegebedürftige hier Vorkehrungen bzw. Einrichtungen zu schaffen. Dann beantwortete Herr Prothe die seitens des Ausschusses gestellten Fragen.

Auf Nachfrage von Herrn Lienesch teilte Herr Prothe mit, dass aus seinen Erfahrungen heraus die meisten Wohnungen als 1 ½- bis 2-Zimmer-Wohnungen hergerichtet werden

müssten.

Eine Aussage bezüglich der zu zahlenden Miete könne er aber zum jetzigen Zeitpunkt nicht machen. Diese Wohnungen werden alle seniorengerecht und barrierefrei gestaltet. Zur Größe der Wohnungen führte Herr Prothe aus, dass diese in der Regel ca. 18 m² plus Bad mit ca. 4 m² groß sein werden.

Auf die Nachfrage von Frau Schulenburg zum Pflegekonzept und Personal führte Frau Thon Folgendes aus:

Aufgrund gesetzlicher Vorgaben besteht das Pflegepersonal mindestens zu 50 % aus Fachkräften. Da es sehr schwierig sei, genügend Fachpersonal zu bekommen, werden hier auch entsprechende Ausbildungen angeboten. Ferner werden für das Fachpersonal auch Weiter- und Fortbildungsseminare angeboten.

Bezüglich der Nachfrage von Frau Leitterstorf zu den Tagespflegeplätzen führte Frau Thon aus, dass dies hier flexibel gehandhabt würde. Viele „Kunden“ kommen in der Regel nur für 1 bis 2 Tage, so dass man das Vierfache brauche, um diese Tagespflegeplätze voll ausnutzen zu können. Daher sei die geplante Anzahl von 15 Plätzen erst einmal ausreichend.

Bezüglich der Nachfrage von Frau Schulenburg nach der Unterbringungsmöglichkeit für Gäste, die evtl. einen längeren Zeitraum bei ihren Angehörigen bleiben wollen, teilte Herr Prothe mit, dass dies so nicht vorgesehen sei. Es bestehe aber grundsätzlich die Möglichkeit, dass man in den Wohnungen entsprechende Ruhesessel o. Ä. zur Verfügung stellen könnte. Ansonsten bestehe die Möglichkeit, im benachbarten Hotel zu übernachten. Bei Sterbebegleitung wird dies jedoch möglich sein.

Bezüglich der Nachfrage von Frau Lüders betreffend die Pflege der Demenzkranken führte Frau Thon aus, dass hier entsprechend der gesetzlichen Vorgaben gehandelt wird. Dieser Personenkreis soll nicht nur in ihrem Wohnbereich betreut werden, sondern sie sollen auch die Gemeinschaftsräume mitbenutzen. Dies erfolgt dann in Begleitung der jeweiligen Betreuer.

Abschließend beantwortete Herr Prothe noch verschiedene Verständnisfragen von Frau Grüner, Herr Willnecker und dem Ausschussvorsitzenden.

Dann dankte der Ausschussvorsitzende den beiden Vertretern der Lindhorst Gruppe für ihre ausführlichen Beantwortungen und ihren Darstellungen der Pläne.

Als nächster Investor stellte sich die Gruppe CONESTA vor. Hierzu begrüßte der Ausschussvorsitzende Herrn Becker, Herrn Roth und Herrn Schmitter.

Herr Schmitter führte zunächst aus, dass der Betreiber Evergreen mehrere Einrichtungen im Bereich Pflegeplätze und betreutes Wohnen betreut. In diesen Einrichtungen sind zurzeit ca. 250 bis 300 Personen beschäftigt, die alle einen unbefristeten Arbeitsvertrag haben. Die Verpflegung wird ebenfalls selbst ausgeführt, d. h., man bedient sich nicht eines Cateringsunternehmens. Alle Bereiche werden durch

eigenes Personal betrieben mit Ausnahme der jeweiligen Wäscherei. Alle Einrichtungen werden ständig durch den MDK überprüft. Bisher hat dies noch zu keinen Beanstandungen geführt, so dass in diesen Einrichtungen von einer hohen Qualität gesprochen werden kann.

Bezüglich des Personals führte Herr Schmitter aus, dass hier ein großes Augenmerk auch auf die Ausbildung gelegt wird (klassische Altenpflege, Kaufleute im Gesundheitswesen und im Verpflegungsbereich).

Weiter führte er aus, dass es grundsätzlich möglich ist, einen eigenen ambulanten Pflegedienst anzubieten. Die Pflegeeinrichtungen sind so aufgebaut, dass es kleinere Wohngemeinschaften gibt, die eine Größe von ca. 15 bis 20 Personen haben und immer durch das selbe Pflegepersonal betreut werden. Dann beantwortete Herr Schmitter die seitens des Ausschusses gestellten Fragen.

Die Frage von Frau Schulenburg, ob die Personen, die den eigenen ambulanten Pflegedienst beanspruchen, hierfür zahlen müssen, wurde von Herrn Schmitter verneint. Die Abrechnung erfolgt über die jeweiligen Krankenkassen.

Die Frage von Frau Bergmann-Gries bezüglich des Mietpreises beantwortete Herr Schmitter dahingehend, dass man sich dem örtlichen Mietpreis anpassen würde. In diesem Mietpreis sind Nebenkosten sowie Betreuungspauschale mit eingerechnet. Ferner kann man noch zusätzliche Leistungen hinzubuchen.

Auf Nachfrage von Frau Grüner zur Pflege von Jugendlichen und Behinderten führte Herr Schmitter aus, dass für Sankt Augustin der Bereich „Junge Pflege“ vorgesehen sei.

Die Frage von Herrn Lienesch bezüglich der angebotenen 10 Tagespflegeplätze wurde von Herrn Becker dahingehend beantwortet, dass man sich aufgrund eines Gesprächs mit der Heimaufsicht hierzu entschlossen habe. Sollten jedoch mehr Plätze benötigt werden, so müsse man dies erneut angehen.

Auf Nachfrage von Frau Lüders führte Herr Schmitter aus, dass alle Wohnungen barrierefrei gebaut würden, gerade auch in Bezug auf die Reinigung dieser Wohnungen.

Abschließend wurden verschiedene Verständnisfragen bezüglich Kurzzeitpflegeplätze, der Tagespflegeplätze sowie der stationären Pflegeplätze beantwortet.

Dann bedankte sich der Ausschussvorsitzende bei den Vertretern der Gruppe CONESTA für die hier vorgetragenen Ausführungen.

Dann stellte sich die Gruppe DUALIS vor. Hierzu begrüßte der Ausschussvorsitzende Herrn Muders, Herrn Nau und Herrn Barth.

In seinen Ausführungen teilte Herr Muders mit, dass der Schwerpunkt ihres Konzeptes das Wohnen plus Pflege sei. Es sollen ca. 60 Wohneinheiten entstehen. Diese Wohnungen können dann erworben oder gemietet werden. Die Größe der Wohnungen liegt zwischen ca. 50 m² und 90 m². Weiter sollen zusätzlich ambulante Pflege und

Tagespflegeplätze angeboten werden. Ferner ist noch eine Kita vorgesehen.

Herr Barth vom Betreiber Silvercare führte aus, dass man zurzeit 60 Einrichtungen bundesweit entsprechend betreiben würde. So werde überall die Verpflegung selbst übernommen, d. h., das Essen werde nicht über eine Cateringfirma ausgeliefert. Bezüglich des Personals führte er aus, dass sie auch ausbilden würden. Ferner werden noch Pflegehilfskräfte entsprechend qualifiziert.

Zum eingereichten Pflegekonzept führte er aus, dass dies von den Bedürfnissen der jeweiligen Standorte abhängig ist. Bezüglich der Einrichtung einer Kita führte Herr Barth aus, dass die bisherigen Erfahrungen gezeigt haben, dass hierdurch die Gemeinschaft von Jung und Alt gefördert werde. Dann beantwortete Herr Muders und Herr Barth die vom Ausschuss gestellten Fragen.

Auf Nachfrage von Herrn Willnecker führte Herr Barth aus, dass alle operativen Entscheidungen durch den Heimleiter etc. vor Ort getroffen werden und nicht von der Zentrale in München.

Die Frage von Frau Bergmann-Gries bezüglich der Miete wurde von Herrn Barth dahingehend beantwortet, dass hier – auch unter Beachtung des erstellten Energiekonzeptes – der Quadratmeterpreis wohl bei ca. 12 € liegen werde.

Auf die Nachfrage von Frau Grüner betreffend der einzurichtenden Kita führten Herr Muders und Herr Barth aus, dass aus ihren bisherigen Erfahrungen hier kein großes Spannungsfeld entstehen würde, was z. B. den Lärm, Spielflächen etc. betreffen würde. Da hier eine Kita und kein Kindergarten installiert werden soll, können auch dort die Kinder des Personals entsprechend betreut werden, zumal die Zahl der alleinerziehenden Mütter steigern würde und diese dann auch dieses Angebot dankend annehmen würden.

Frau Schulenburg teilte hierzu mit, dass in den Niederlanden dieses Konzept erfolgreich durchgeführt werde.

Auf Nachfrage des Ausschussvorsitzenden zur Anzahl der geplanten Wohnungen führte Herr Muders aus, dass zunächst geplant war, 31 Wohnungen zu bauen und im anderen Gebäude noch Büros für Verwaltungen anzubieten. Man habe aber schon im Zentrumsausschuss hiervon Abstand genommen und deshalb sollen nun mindestens 60 Wohnungen angeboten werden. Des Weiteren werden 80 Pflegeplätze angeboten und wenn dies gewünscht wird, noch zusätzlich 10 bis 15 Plätze für das „Junge Pflegen“.

Bezüglich der Nachfrage von Herrn Willnecker betreffend die Betreuungsverträge führte Herr Muders aus, dass jeder diese nach seinen speziellen Bedürfnissen abschließen kann.

Dann dankte der Ausschussvorsitzende der Gruppe DUALIS für ihre Ausführungen.

In der anschließenden Aussprache teilte Herr Parpart mit, dass bezüglich eines neuen Betreibers auf dem ehemaligen Tacke-Gelände noch keine Aussagen getroffen werden

können. Zurzeit führt der Investor Verhandlungen mit einem evtl. neuen Betreiber. Sobald hier entsprechende Informationen vorliegen, werden die Fraktionen unterrichtet.

Bezüglich der Bedarfsplanung des Rhein-Sieg-Kreises führte Herr Parpart aus, dass diese sich zurzeit in der Abstimmung mit den Kommunen befinden würde. Nach dem derzeitigen Zeitplan ist mit den Zahlen Anfang 2014 zu rechnen.

Mit den beiden ortsansässigen Betreibern (St. Monika und St. Franziskus) sind zwischenzeitlich Gespräche geführt worden. Beide Betreiber wollen den Standort Sankt Augustin aufrechterhalten. Es sind aber bezüglich der Umsetzung (z. B. Neubau) noch keine Entscheidungen getroffen worden.

Auf die Nachfrage von Frau Lüders betreffend des Konzeptes Pflege plus Kita teilte Herr Lübken mit, dass dies ein Vorschlag des Investors sei und dieser noch nicht fachlich beurteilt worden ist.

Der Ausschussvorsitzende unterbreitete anschließend den Vorschlag, dass man in den Fraktionen über die Vorschläge der Investoren beraten werden sollte, da aus seiner Sicht heute wohl kein Votum für den einen oder anderen Investor abgegeben werden könnte. Anschließend sollte dann der Zentrumsausschuss hierüber beraten.

Nach kurzer Aussprache herrschte Einvernehmen im Ausschuss darüber, dass so verfahren werden soll.

Dann nahm der Ausschuss die vorgetragenen Ausführungen der Investoren zur Kenntnis.